Niederschrift

über die 8. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am Dienstag, dem 25. Mai 2010,
17.00 Uhr, im Ratssaal, Eingang Schillerstraße 6

Anwesend:

Bürgermeister Heinz Heller als Vorsitzender

und folgende Ausschussmitglieder:

- 1 Danner Hedi (ab 17.08 Uhr)
- 2 Gries Thorsten (ab 17.15 Uhr)
- 3 Streuber Elke
- 4 Düker Bernhard (in Vertretung für Schmidt Bernd)
- 5 Schneider Dirk (in Vertretung für Rimbrecht Walter)
- 6 Metzger Elisabeth (in Vertretung für Kroh Jürgen)
- 7 Scherer Richard (in Vertretung für Cleemann Evelyne)
- 8 Eckerlein Thomas
- 9 Kretzschmar Uwe
- 10 Dr. Walter Hitschler (in Vertretung für Stauch Hanne, ab 17.09 Uhr)
- 11 Krück Martin
- 12 Dettweiler Kurt
- 13 Schanne-Raab Gertrud (in Vertretung für Ruf Achim)
- 14 Nunold Matthias (in Vertretung für Wild Winfried, ab 17.10 Uhr)

Von der Verwaltung sind anwesend:

Amt 14 – Herr Filbrich (bis 18.48 Uhr)

Amt 30 – Frau Dr. Bucher

Amt 32 – Frau Ewert

Amt 60 – Herren Morscher, Ehrmann (bis 17.56 Uhr), Gottschlich (bis 18.12 Uhr), Fichter
(bis 17.43 Uhr), Wunderberg, Hell und Keßler sowie Frau Klein (bis 18.12 Uhr)
und Frau Rohrbacher (Schriftführerin)

Außerdem anwesend:

Büro Schönhofen, Kaiserslautern – Herr Faber (bei TOP II/1, bis 18.13 Uhr)

8. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25. Mai 2010

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.03 Uhr.

Er stellt fest, dass alle Ausschussmitglieder form- und fristgerecht unter Bekanntgabe der Tagesordnung eingeladen wurden.

Der Bau- und Umweltausschuss ist beschlussfähig.

Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung bestehen nicht.

Es werden keine Einwände gegen das Protokoll der 7. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 27. April 2010 vorgebracht.

Nach Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung stellt Herr Gottschlich (Abt. Tiefbau) den neuen Mitarbeiter der Abteilung Tiefbau, Herrn Wolfgang Fichter vor.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 19.12 Uhr.

8. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25. Mai 2010

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Straßen- und Verkehrswesen

- 1 Neubau der Brücke im Zuge des Stuppacher Weges, Bickenalbbücke in Mittelbach;
Vorstellung der Bauvarianten
 - Beschluss über die Festlegung der Bauvariante
- 2 Ausbau der Talstraße (ab Haus-Nr. 49 a bzw. 54);
Abschnittsbildung
 - Baubeschluss

Bauleitplanung

- 3 Bebauungsplanverfahren NA 41 „Kreuzung Pirmasenser Straße – L 471/Westlicher Teil“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
 - Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
 - Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB
 - Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)(vertagt in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 9.3.2010)
- 4 Bebauungsplanverfahren OA 18 „Bei der Kreuzung“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB
 - Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
 - Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB
 - Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)(vertagt in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 9.3.2010)

Sonstiges

- 5 Klärung der Radwegführung Mittelbach unter Hinzuziehung des zuständigen Vertreters der Landespflege
(Antrag der FDP-Fraktion vom 25.4.2010)

II. Nichtöffentlicher Teil

Straßen- und Verkehrswesen

Bauleitplanung

Sonstiges

I. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: **Neubau der Brücke im Zuge des Stuppacher Weges, Bickenalbbrücke
in Mittelbach;
Vorstellung der Bauvarianten
- **Beschluss über die Festlegung der Bauvariante******

Herr Fichter (Abt. Tiefbau) erklärt, Grund für den Neubau der Brücke ist der desolate Zustand der jetzigen Brücke, welche vor allem von der Firma Lehner und dem Forst befahren wird. Grundsätzlich gibt es zwei Bauweisen zur Herstellung des neuen Brückenbauwerkes. Zum einen eine Fertigteilbauweise mit mehreren kurzfristigen Sperrungen sowie die konventionelle Bauweise mit einer langfristigen Sperrung. Das Problem liegt darin, dass während der Vollsperrung – auch wenn sie nur kurzfristig ist – Rettungsdienste und Anlieger nicht zufahren können. Es ist daher erforderlich, eine Behelfsbrücke unmittelbar neben dem vorhandenen Bauwerk zu errichten. Hierdurch besteht während der gesamten Bauzeit eine ungehinderte Zufahrt für Anlieger und Rettungsdienste. Das neue Bauwerk muss eine lichte Weite zwischen den Widerlagern von 14 m haben, die vorhandene Einengung entfällt damit. Die Fahrbahnbreite beträgt 3,50 m mit einem beidseitigen Schrammbord von jeweils 0,50 m. Es muss die Brückenklasse 30 gemäß DIN 1072 erfüllen und erfordert eine Tiefgründung, da ein tragfähiger Baugrund gemäß Baugutachten erst ab 9 m bis 10 m vorhanden ist.

Es wurden verschiedene Ausführungsvarianten des Überbaus betrachtet:

- Deckbrücke aus Holz (Kosten ca. 300.000,00 €)
- Montagebrücke aus Aluminium (Kosten ca. 480.000,00 €)
- Massivbaubrücke aus Fertigteilträgern (Kosten ca. 370.000,00 €)
- Massivbaubrücke aus Ortbeton (Kosten ca. 350.000,00 €)
- Stahlbrücke (Kosten ca. 380.000,00 €)

Herr Fichter erläutert die Vor- und Nachteile der jeweiligen Varianten. Die notwendige Behelfsbrücke kostet ca. 45.000,00 €.

Aufgrund der Tatsache, dass das Anfahren von Rettungsdiensten jederzeit möglich sein muss, kann auf eine Hilfsbrücke bei keinem Bauverfahren verzichtet werden. Mit Hilfe der Behelfsbrücke ist die Zufahrt zu den Anliegern bereits während der Bauzeit uneingeschränkt sichergestellt, da die Hilfsbrücke mit Fahrzeugen der Brückenklasse 30 befahren werden kann.

Aus den dargestellten Gründen empfiehlt die Verwaltung, die Brücke im Zuge des Stuppacher Weges, Bickenalbbrücke, in Massivbauweise auf Widerlagern, bestehend aus Spundwandgründung mit Auflagerbalken und Parallelfügel (Massivbauweise mit Ortbeton) vor.

Ausschussmitglied Dettweiler ist der Auffassung, dass aus Kostengründen keine Massivbaubrücke, sondern eine Fertigteilbrücke gebaut werden sollte. Seiner Auffassung nach ist eine Behelfsbrücke nicht erforderlich, wenn der Zugang für Rettungsdienst ermöglicht wird, z.B. durch eine Mobilbrücke des Roten Kreuzes. Seiner Meinung nach kann die Firma sicherlich für eine Woche auf Schwerlastverkehr verzichten. Damit wären die Kosten für die Behelfsbrücke einsparbar.

Herr Fichter erklärt, dass die Behelfsbrücke aufgrund des nicht tragfähigen Untergrundes mit Spundwänden erforderlich ist. Eine Mobilbrücke reiche nicht aus.

8. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25. Mai 2010

Ausschussmitglied Kretzschmar spricht sich ebenfalls für eine Massivbauweise und hierbei für die Ort betonbauweise aus. Entscheidend für ihn waren die Durchfließhöhe sowie die Folgekosten.

Auf die Frage von Ratsmitglied Düker antwortet Herr Fichter, dass eine Stahl- bzw. Betonbrücke eine Lebensdauer von ca. 70 – 80 Jahren hat. Verschiedene Holzbauer geben die Lebensdauer ihrer Holzbrücken ebenfalls mit diesem Zeitraum an. Aufgrund der vorhandenen Gegebenheiten und verschiedener Erfahrungen in der Vergangenheit beträgt die Lebensdauer der Holzbrücke jedoch vorliegend höchstwahrscheinlich zwischen 15 – 20 Jahren. Ein weiterer Nachteil liegt in der Hauptuntersuchung, welche alle 6 Jahre erforderlich ist und bei einer Holzbrücke wesentlich schwieriger und kostspieliger durchzuführen ist.

Ratsmitglied Düker ist nicht davon überzeugt, dass eine Holzbrücke eine derart geringe Lebensdauer aufweist, wenn die Hersteller anderslautende Angaben machen. Bei der Stahlbrücke glaubt man der vom Hersteller angegebenen Lebensdauer ohne weiteres, bei der Holzbrücke jedoch nicht.

Auf die Frage von Ausschussmitglied Dettweiler antwortet Herr Fichter, dass für die Behelfsbrücke eine Spundwandgründung erforderlich ist, da sie aus Rettungsgründen mit 30 t befahrbar sein muss.

Auf die Frage von Ratsmitglied Schneider, ob die Holzbrücke am Bleicherbach bereits mit einer Hauptuntersuchung untersucht wurde, antwortet Herr Gottschlich, dass die Unterhaltung und Prüfung der Brücken dem Entsorgungs- und Servicebetrieb Zweibrücken übertragen wurde. Die Erfahrungswerte müssen erst dort erfragt werden.

Ausschussmitglied Krück möchte wissen, ob es nicht möglich ist, die Massivbrücke neben die jetzige Brücke zu bauen und die alte Brücke so lange als Behelfsbrücke zu benutzen.

Herr Gottschlich (Abt. Tiefbau) erklärt, die Behelfsbrücke werde auf ein Privatgrundstück errichtet. Die jetzige Fläche der Brücke ist gewidmet und deshalb muss die neue Brücke auch genau an die gleiche Stelle gebaut werden.

Auf die Frage von Ausschussmitglied Eckerlein antwortet Herr Fichter, dass die Behelfsbrücke unbedingt für die Befahrung mit 30 t erforderlich ist.

Ausschussmitglied Eckerlein möchte festhalten, dass der Bau- und Umweltausschuss durchaus Ideen hat, um Kosten einzusparen, diese sind jedoch aufgrund von unveränderlichen Vorgaben nicht möglich. Es ist somit nicht der Bau- und Umweltausschuss, der für den Bau der teuren Brücke verantwortlich ist.

Ausschussmitglied Kretzschmar weist darauf hin, dass die Bundeswehr auch in der Lage ist, Behelfsbrücken für Befahrung mit 30 t zu bauen, jedoch nicht kostenlos. Allerdings könne man anfragen, ob und zu welchem Preis diese dazu bereit wären und Vergleiche ziehen.

Auf die Frage von Ratsmitglied Hitschler antwortet Herr Gottschlich, dass die Behelfsbrücke unbedingt für 30 t geeignet sein muss, da es sich um eine öffentlich gewidmete Straße handelt, die nicht nur von der Firma Lehner, sondern auch vom Forst für den Abtransport von Hölzern aus dem Stadtwald genutzt werde und daher diese Stärke erforderlich ist.

8. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25. Mai 2010

Anschließend fasst der Bau- und Umweltausschuss den

B e s c h l u s s ,

Der Neubau der Brücke im Zuge des Stuppacher Weges, Bickenalbbrücke, wird in Massivbauweise auf einem Widerlager, bestehend aus Spundwandgründung mit Auflagerbalken und Parallelfügel errichtet.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

3 Enthaltungen

An der Abstimmung nahmen 14 Ausschussmitglieder teil.

Verteiler:

1 x 66

1 x 84

8. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25. Mai 2010

Punkt 2: **Ausbau der Talstraße (ab Haus-Nr. 49 a bzw. 54);**
 Abschnittsbildung
 - **Baubeschluss**

Der Vorsitzende verweist auf die Drucksache vom 4.5.2010.

Ohne Aussprache fasst der Bau- und Umweltausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Zur Erhebung der Ausbaubeiträge bzw. der Vorausleistungen hierauf in der Talstraße wird der Abrechnungsabschnitt „Talstraße ab Haus-Nr. 49 a bzw. 54“ gebildet.

An der Abstimmung nahmen 14 Ausschussmitglieder teil.

Verteiler:
1 x 602

8. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25. Mai 2010

- Punkt 3: Bebauungsplanverfahren NA 41 „Kreuzung Pirmasenser Straße – L 471/ Westlicher Teil“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB**
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit
 - Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB
 - Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)
- (vertagt in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 9.3.2010)

Der Vorsitzende verweist auf die Drucksache vom 29.4.2010 sowie auf die mehrfachen Beratungen im Bau- und Umweltausschuss in dieser Angelegenheit.

Auf die Frage von Ratsmitglied Schanne-Raab antwortet Amtsleiter Herr Morscher, dass im Bebauungsplan eine Vorgabe zur Firsthöhe von maximal 7,50 m vorhanden ist, die Dachform jedoch nicht vorgegeben wird.

Anschließend fasst der Bau- und Umweltausschuss **einstimmig** folgende

Beschlüsse:

- 1 Die Eingabe aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 i.V.m. § 3 Abs. 1 BauGB wird wie in der Drucksache dargestellt behandelt.
- 2 Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.
- 3 Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit gemäß § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB zu beteiligen (Öffentliche Auslegung).

An der Abstimmung nahmen 14 Ausschussmitglieder teil.

Verteiler:
1 x 61

8. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25. Mai 2010

- Punkt 4:** **Bebauungsplanverfahren OA 18 „Bei der Kreuzung“ im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB**
- **Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit**
 - **Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB**
 - **Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)**
- (vertagt in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 9.3.2010)

Der Vorsitzende verweist auf die Drucksache vom 29.4.2010.

Ohne Aussprache fasst der Bau- und Umweltausschuss **e i n s t i m m i g** folgende

B e s c h l ü s s e:

- 1 Das Ergebnis aus der Unterrichtungsmöglichkeit für die Öffentlichkeit wird zur Kenntnis genommen.
- 2 Die Verwaltung wird beauftragt, die Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen.
- 3 Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit gemäß § 13 a Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB zu beteiligen (Öffentliche Auslegung).

An der Abstimmung nahmen 14 Ausschussmitglieder teil.

Verteiler:

1 x 61

8. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25. Mai 2010

Punkt 5: Klärung der Radwegführung Mittelbach unter Hinzuziehung des zuständigen Vertreters der Landespflege (Antrag der FDP-Fraktion vom 25.4.2010)

Der Vorsitzende erklärt, es handele sich hier um einen Antrag der FDP-Fraktion. Die gewünschten Vertreter sind anwesend, jedoch handele es sich bei der Radwegführung nicht um ein Problem der Landespflege.

Amtsleiter Herr Morscher fügt hinzu, dass eine Untersuchung durchgeführt wurde, inwieweit die beabsichtigte Trassenführung den Eisvogel beeinträchtigt. Im Ergebnis hat die Untersuchung festgestellt, dass die beabsichtigte Trassenführung den Eisvogel nicht beeinträchtigt. Das Problem liege zurzeit beim Berghäuserhof. Der vorgesehene Radweg führe über private Grundstücke und es wurden hier Gespräche aufgenommen und die Verwaltung ist zuversichtlich, dass eine Lösung gefunden werden wird.

Der Vorsitzende erklärt, es wäre auch eine Alternativlösung denkbar, allerdings sollte zuerst das Ergebnis der Verhandlungen abgewartet werden.

Ausschussmitglied Dettweiler erklärt, dass er bei den geführten Gesprächen anwesend war und diese als sehr erfolgreich bezeichnet, seiner Auffassung nach ist eine Alternativlösung nicht notwendig.

Auf die Frage von Ratsmitglied Schneider, ob sich alle sonstigen erforderlichen Grundstücke in städtischem Besitz befinden, antwortet Frau Klein (Abt. Stadtplanung), dass in der Talaue noch Grundstücke fehlen, der Grunderwerb jedoch in Arbeit ist.

Ratsmitglied Dr. Walter Hitschler möchte wissen, warum die Trassenführung im Bereich des Campingplatzes so wie dargelegt gewählt wurde und ob dies mit der ADD abgestimmt ist, da der Haushalt ja nur unter Vorbehalt genehmigt wurde.

Frau Klein, Abt. Stadtplanung antwortet, dass dies aus Topographiegründen so geschehen ist.

Der Vorsitzende ergänzt, dass heute die Trassenführung festgelegt werden soll, die Frage der finanziellen Umsetzung erfolgt später.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorgestellte Trassenführung unter dem Vorbehalt des noch ausstehenden Grunderwerbes am Berghäuserhof zustimmend zur Kenntnis.

Verteiler:

1 x 61

1 x 66

1 x 67

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.56 Uhr.